

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FDP

Handy-Parken im öffentlichen Raum – nutzerfreundliches und zeitgemäßes Parken in Bremen

Das Ziel des Handy-Parkens ist leicht erklärt: Parken einfacher gestalten und eine sekunden-genaue Bezahlung ermöglichen. Handy-Parken ist als stressfreier und flexiblen Vorgang anzusehen, ohne dass man ständig die Uhr im Blick haben muss. Die durchweg positiven Erfahrungen des Handy-Parkens in vielen deutschen Großstädten wie Hannover, Köln, Hamburg, München oder Berlin sollten als Anstoß gesehen werden, um das Handy-Parken auch in Bremen flächendeckend einzuführen. Bremen bietet mobile Bezahlungsmöglichkeiten für das Parken fast ausschließlich in den Parkhäusern der BREPARK an. Ein Modellversuch wurde in Bremen eingestellt. Der Grund, eine zu geringe Nachfrage und eine fehlgeschlagene Marketing-Kampagne.

Das Handy-Parken bietet jedoch viele Vorteile und lässt sich mittel- bis langfristig in das System der vernetzten Mobilität integrieren. So bietet Handy-Parken neben dem stressfreien, bargeldlosen und flexiblen Bezahlen auch die Möglichkeit der erleichterten Parkplatzsuche im öffentlichen Raum an. Ein modernes Konzept und eine geeignete Werbestrategie, sowie der fortschreitende digitale Wandel lassen einen neuen Anlauf gerechtfertigen. Zu bevorzugen ist jedoch eine mobile Lösung mit klaren Kostenstrukturen, ohne benutzerfeindliche Extra-Kosten. Die Stadt München ist hier ein gutes Vorbild. In Zusammenarbeit mit den Stadtwerken wurde ein eigenes System entwickelt, welches auch für Bremen Vorbild sein kann.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. der Stadtbürgerschaft innerhalb eines halben Jahres nach Beschlussfassung ein geeignetes Konzept zum Handy-Parken vorzulegen und einen großflächigen Modellversuch zum smarten Parken und Bezahlen umzusetzen,
2. eine begleitende Marketingaktion zu initiieren, um das System bekannt zu machen,
3. das Handy-Parken mittelfristig auf allen kostenpflichtigen öffentlichen Parkplätzen in Bremen auszuweiten,
4. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung drei Monate nach Beschlussfassung Bericht zu erstatten.

Thore Schäck, Lencke Steiner und die Fraktion der FDP